

**POSTULAT** von Lucius Dürri (CVP, Zürich), Regula Mäder-Weikart (CVP, Opfikon) und Adrian Hug (CVP, Zürich)

betreffend Folgen einer Annahme der KOSA-Initiative für den Kanton Zürich

---

Der Regierungsrat wird gebeten, die Auswirkungen der KOSA-Initiative zu prüfen und insbesondere zu den folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

1. Wie hoch wären die Mindereinnahmen für den Kanton Zürich, wenn die Initiative angenommen würde?
2. Welche Leistungen müsste der Kanton Zürich zur Kompensation dieser Mindereinnahmen kürzen? Ab wann müssten solche Leistungskürzungen erfolgen?
3. Wäre allenfalls mit Steuererhöhungen zu rechnen? Wenn ja, in welchem Umfang und ab welchem Zeitpunkt?
4. Könnten die durch die Initiative verursachten Mindereinnahmen beim Bund zu einer Kürzung der Subventionen für die Kantone führen? Wenn ja, in welchem Bereich und in welchem Umfang?
5. Welche weiteren Nachteile würde der Kanton Zürich durch die Annahme der Initiative erleiden?

156/2006

Lucius Dürri  
Regula Mäder-Weikart  
Adrian Hug

Begründung:

Mit der so genannten KOSA-Initiative wollen die Initianten die Defizitprobleme der Sozialversicherungen mit der Problematik der Währungspolitik verknüpfen. Konkret sollen künftig die Gewinne der Nationalbank für AHV und IV zur Verfügung stehen. Statt Lösungen zu erzielen, werden damit neue Probleme geschaffen. So wird die Illusion geweckt, die Nationalbank sei auch in der Zukunft in der Lage, jedes Jahr weit über 1 Mia. Franken Gewinn zu erzielen. Die Unabhängigkeit der Nationalbank würde damit gefährdet. Die bisherigen Gewinnausschüttungen an die Kantone würden eliminiert, was für diese erhebliche Folgen hätte. Der Kanton Zürich wäre sehr stark betroffen.

Begründung der Dringlichkeit:

Im Hinblick auf die finanzielle Situation des Kantons, namentlich die Finanzplanung, ist es wichtig, die Auswirkungen der KOSA-Initiative rasch und umfassend zu kennen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger brauchen diese Informationen für ihre Entscheidungsfindung.